



Brief aus Berlin



www.brigitte-zypries.de



direkt gewählt - direkt erreichbar

4. Mai 2010

Liebe Genossin, lieber Genosse,
liebe Leserin, lieber Leser,

die Plenarwoche fing gestern bei 11° Grad und Regen an – da hatte es die erste BPA-Gruppe dieses Jahres doch besser getroffen: 50 Genossinnen und Genossen, Männer und Frauen aus dem Wahlkreis hatten zwar kühles, aber überwiegend trockenes Wetter bei ihrer Hauptstadtbesichtigung in der letzten Aprilwoche. Sie waren die ersten, die bei einer neuen Idee mitmachten: Jedes Jahr will ich zwei soziale Projekte aus dem Wahlkreis bestimmen, für die dann bei den BPA-Fahrten gesammelt wird. Dieses Jahr sind die Begünstigten: Das Weiterstädter Projekt „Mittagstisch“, das Kindern aus sozialschwachen Familien das Mittagessen in der Kita finanziert. Der „Kinderwarenkorb“ in Pfungstadt sammelt nicht nur Spielwaren und Kleidung für bedürftige Kinder, sondern bietet auch ein Betreuungsangebot. Wie viel schon bei der ersten Reisegruppe zusammenkam, wird nicht verraten - im September ist die Übergabe der Schecks!

Aus der Gruppe wurde ich mehrfach gefragt, ob es denn diesen Sommer wieder eine Wanderung gibt. Ja, wir wandern wieder: Am 13. August und vom 15. bis zum 18. August erkunden wir wieder die Schönheiten des Wahlkreises zu Fuß. Näheres dazu gibt es im nächsten Brief aus Berlin.

Für heute herzliche Grüße von

Euer /Ihrer Brigitte Zypries

Termine*Termine*Termine*Termine

Ökumenischer Kirchentag in München

Vom 12. bis 16. Mai findet in München der 2. Ökumenische Kirchentag statt. An den fünf Tagen werden über 100.000 Menschen bei rund 3.000 Veranstaltungen beten, singen und diskutieren. Ich werde an vier Veranstaltungen am 13. und 14. April teilnehmen. Themen sind: „Frauen, die es nach oben geschafft haben“, „Macht haben, Macht teilen“ und die Frage „Internet und Demokratie“.

Mehr zum Programm erfahren Sie unter www.oekt.de.



Mein Kultur-Tipp:

Olbrich-Ausstellung auf der Mathildenhöhe in Darmstadt

Wer es noch nicht geschafft hat, die eindrucksvolle Ausstellung über Josef Maria Olbrich zu besuchen, hat noch bis zum 24. Mai Zeit, dies nachzuholen. Die Retrospektive präsentiert den großen Erneuerer der Architektur und Lebensgestaltung um 1900 erstmals seit 27 Jahren umfassend und zeigt das erstaunliche Gesamtwerk des gebürtigen Österreichers.

Infos unter
www.mathildenhoehe.info

Stabilisierung des Euro und Griechenlands

Diese Plenarwoche steht ganz im Zeichen der Beratungen und der Verabschiedung eines Gesetzentwurfes zur Stabilisierung des Euro und Griechenlands. Bereits Sonntagabend war ich bei der Sitzung des geschäftsführenden Fraktionsvorstands - drei Stunden haben wir über die Situation und die Position der SPD beraten. Gestern ging es weiter im Fraktionsvorstand, heute in der Fraktion und ab morgen im Plenum und den Ausschüssen des Bundestages.

Ich teile die Auffassung des Fraktionsvorstandes: Eine schnelle Rettung für Griechenland ist alternativlos. Die Griechen kriegen kein Geld mehr zu vernünftigen Bedingungen am Kapitalmarkt, brauchen aber dringend Geld, um eine Insolvenz zu vermeiden. Unser Interesse liegt auch darin zu verhindern, dass der Funkenflug weiter getragen wird nach Spanien und nach Portugal. Dort sind bereits steigende Zinsen zu beobachten, ein Dominoeffekt aber kann nicht im deutschen Interesse liegen.

Mich hat gefreut, dass der Fraktionsvorstand es auch so sieht, wie ich es für mich bei der Veranstaltung der SPD-Bickenbach am 1. Mai bereits formuliert habe: Wir müssen diese Hilfe für Griechenland daran koppeln, dass es endlich eine Durchsetzung wirksamer Regeln an den europäischen Finanzmärkten gibt. Das heißt, wir brauchen einen wirksamen Produkt-TÜV, eine europäische Rating-Agentur und ein Verbot von bestimmten ökonomisch gefährlichen Finanzprodukten. Außerdem müssen wir die Einführung einer europäischen Finanzmarktsteuer für alle Finanzprodukte (börslich und nicht-börslich gehandelt) jetzt beschließen. Das bringt allein für Deutschland zwischen 14 und 20 Milliarden Euro jährlich.

Die SPD fordert auch einen schrittweisen Aufbau einer abgestimmten europäischen Wirtschafts- und Finanzpolitik der EU. Wir brauchen neben der gemeinsamen Währung auch die notwendigen gemeinsamen Rahmenbedingungen (zum Beispiel gleiche Steuer) um gleiche Bedingungen durchzusetzen. In diesem Sinne werden wir in dieser Woche mit der Regierung verhandeln und unsere Zustimmung zu den Finanzhilfen auch von der Durchsetzung unserer Forderungen abhängig machen.



Ein Wort zum Brief aus Berlin

Der Brief aus Berlin ist eine Information für die Bürgerinnen und Bürger aus meinem Wahlkreis. Ich möchte meine Arbeit in Berlin so transparent und bürgernah wie möglich gestalten. Sie können mir dabei helfen, indem Sie mir Ihre Wünsche und Verbesserungsvorschläge mitteilen und den Brief aus Berlin an Freunde und Bekannte weitergeben. Sie können diesen Newsletter gerne über mein Büro in Berlin abonnieren: Schreiben Sie einfach eine E-Mail mit dem Betreff *Brief aus Berlin* an brigitte.zypries@bundestag.de.

V.i.S.d.P.:

Brigitte Zypries, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin



Schwarz-Gelb gefährdet Zukunft der Solarbranche und tausende Jobs

In dieser Woche berät der Deutsche Bundestag abschließend über die von Schwarz-Gelb vorgelegten Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG). Geplant ist eine deutliche Verlangsamung des Ausbaus erneuerbarer Energien: Die Vergütung von Solarstrom wird drastisch um 16 Prozent gekürzt und die Förderung von Solaranlagen auf Ackerflächen soll vollständig gekappt werden. Eine Anhörung von Sachverständigen im Umweltausschuss Ende April hat klar gezeigt, wohin die im Gesetzentwurf vorgesehene Absenkung der Vergütung von Solarstrom führen kann: Zu einem Zusammenbruch des deutschen Solarmarktes und der deutschen Solarindustrie. Die SPD-Bundestagsfraktion hält hingegen eine Einmalabsenkung um sechs Prozent für Anlagen mit einer Größe bis zu 30 kWp und zehn Prozent für die sonstigen Anlagen für ökonomisch, ökologisch und sozial angemessen. Denn: Nur dann bleibt die technologische Vorreiterrolle Deutschlands und das Ziel der bereits getätigten Investitionen erhalten. Die vielen positiven Auswirkungen des EEG sind: Ausbau der erneuerbaren Energien, Reduzierung der CO₂-Belastung, Innovations- und Wirtschaftsförderung in den Regionen, Schaffung von Arbeitsplätzen, bezahlbare Stromrechnungen für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie dürfen nicht Vergangenheit werden.

Eine Hiobs-Botschaft aus dem Bundesumweltministerium gab es gestern:

Da Bundesfinanzminister Schäuble die Haushaltssperre über 115 Mio. Euro beim Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien nicht freigibt, hat Umweltminister Röttgen mitgeteilt, dass ab sofort für Solarkollektoren, Biomasseheizungen und Wärmepumpen keine Investitionszuschüsse mehr gewährt werden können. Außerdem muss das Förderprogramm für kleine Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung gestoppt, das Programm zur Förderung von Klimaschutzprojekten in Kommunen sogar rückwirkend gestoppt werden. Rückwirkend heißt, dass Anträge, die aus dem vergangenen Jahr vorliegen und noch nicht bewilligt worden sind, nicht mehr genehmigt werden können. Die Entscheidung von Schäuble ist nicht nur umwelt- und klimapolitisch fatal, sondern auch wirtschaftspolitisch falsch.